

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Moratoriums,

gerne möchten wir Ihnen eine Zwischenmeldung zu dem von Ihnen unterzeichneten Moratorium geben.

Am 10.02.2016 fand die Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Moratoriums statt. Auf dem Podium waren Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses für Altenpflege, der Kinderkrankenpflege und -medizin, der Selbsthilfe und der Geriatrie vertreten. Im Rahmen der Pressekonferenz wurden die Forderungen des Moratoriums vorgestellt. Zudem erhielten die anwesenden Journalisten Hintergrundinformationen zur geplanten Pflegeberufsreform. Weitere Informationen zur Pressekonferenz finden Sie unter: http://www.gruene-bundestag.de/themen/pflege/gesetzgebungsverfahren-fuer-pflegeberufe-aussetzen_ID_4398200.html

In der CDU/CSU regt sich weiterhin Widerstand gegen die geplante Reform. Nicht nur der pflegepolitische Sprecher Erwin Rüdell, MdB hat große Bedenken hinsichtlich des Pflegeberufsgesetzes. Seine Skepsis wird von den Bildungspolitikern geteilt. Auch Thomas Feist, MdB aus der Union äußerte gegenüber den Stuttgarter Nachrichten, dass man die Bedenken nicht ignorieren kann. „Deshalb wollten die Experten für Berufsbildung in der Fraktion ‚Stopp sagen‘“, so Feist. Man wolle sich dafür einsetzen, dass eine ausreichende Spezialisierung erhalten bleibt. Gleichzeitig brachten die Bildungspolitiker der Union die Idee ein, die Pflegeberufe in das Berufsbildungsgesetz zu überführen. Unsere Pressemitteilung dazu finden Sie unter: <http://www.elisabeth-scharfenberg.de/presse/2016/02/17/pflegeberufsreform/>

Das Moratorium hat in den zuständigen Ministerien für Gesundheit und Familie für Aufregung gesorgt. So sah sich der Pflegebeauftragte und Generalistikverfechter Staatssekretär Laumann genötigt, an alle Verbände ein Schreiben zu versenden, in dem er für die Generalistik warb. In diesem Schreiben heißt es, dass man die Altenpflege mit dieser Reform „(...) aus ihrem Aschenputtel-Dasein“ befreit. Das spricht Bände darüber, wie der Pflegebeauftragte Laumann die Altenpflege sieht. Es darf der Hinweis erlaubt sein, dass Aschenputtel im Märchen diejenige war, die am Ende geadelt wurde und ihre Schwestern sich als die Hinterlistigen entpuppten, die ihr nichts Gutes wollten.

Weiterhin sah sich Herr Laumann dazu gezwungen, nun ebenfalls Verbände mit ihrer Unterschrift hinter sich zu bringen und eine Pressekonferenz zur Generalistik durchzuführen. Auch auf dieser Veranstaltung wiederholte er seine alten Werbeversprechen bezüglich Attraktivitätssteigerung, höherer Lohn, etc.. Doch durch das häufige Wiederholen werden diese Versprechungen auch nicht wahrer.

Berichterstattung zur Pressekonferenz finden Sie unter anderem hier: http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/pflege/article/905969/generalistik-laumann-macht-druck.html

Weiterhin hat ein Rechtsgutachten aus dem Gesundheitsministerium in Nordrhein-Westfalen ergeben, dass das Gesetz ein Schnellschuss war. Es verstößt gegen zahlreiche Grundsätze und ist in Teilen verfassungswidrig. So besteht eine Ungleichbehandlung bereits bei den Ausbildungskosten. Kliniken können die Ausbildungskosten zu 100% durch die Krankenversicherung finanzieren. Pflegeheime dagegen nicht. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als die Kosten weiterzugeben. Schlussendlich zahlen damit die Pflegebedürftigen oder die Sozialhilfe.

Unsere Pressemitteilung dazu finden Sie unter: <http://www.elisabeth-scharfenberg.de/presse/2016/02/25/pflegeausbildungsreform/>

Sowie Details zum Rechtsgutachten unter: <https://land.nrw.de/pressemitteilung/ministerin-steffens-geplante-reform-der-pflegeberufe-wesentlichen-teilen>

Das Moratorium kann weiterhin verbreitet und unterzeichnet werden. Im Anhang erhalten Sie nochmals das Schreiben von Frau Elisabeth Scharfenberg und die Forderungen zur zeitweiligen Aussetzung der Pflegeberufereform.